

Und nun zu Griechenland

Ein Willkommen zur Acht-Uhr-Nabelschau: Wie den Griechen ihre Krise in den eigenen Medien vermittelt wird, war Thema einer sehr erhellenden Konferenz in München. Es ging indes auch um Defizite in Deutschland.

Wenn es in den vergangenen zweieinhalb Jahren besonders schlecht lief in den deutsch-griechischen Beziehungen, hieß es oft, „die Medien“ seien schuld an der Entlobung zwischen Berlin und Athen. Der frühere griechische Parlamentssprecher Philippos Petsalnikos, der fließend Deutsch spricht, präsentierte Gesprächspartnern aus Deutschland einen Aktenordner mit deutschen Zeitungsartikeln, die seiner Ansicht nach abschätzigen und beleidigenden Inhalts waren. Auch in Deutschland fanden sich Politiker, die Griechenlands Staatskrise kurzerhand zu einer medialen Darstellungskrise umdeuteten. Bundestagspräsident Lammert entschuldigte sich bei Petsalnikos für „hämische“ Kommentare in deutschen Medien. Sinngemäß lautet die Feststellung der Medienkritiker, „die Journalisten“ beider Länder trügen zu einer Verschlechterung der Atmosphäre bei, weil sie pauschalisierend über „die Deutschen“ und „die Griechen“ berichteten. Dass eine solche Behauptung gleichfalls ein Pauschalurteil ist, schien den Urhebern nicht aufzufallen.

Auf Einladung der Südosteuropa-Gesellschaft und der Europäischen Kommission trafen am Wochenende in München die vermeintlichen publizistischen Haupttäter der Krise zusammen: deutsche und griechische Journalisten, die auf die Berichterstattung über das jeweils andere Land spezialisiert sind, also wesentlich zu den Bildern beitragen, die sich Griechen und Deutsche voneinander machen. Wie gespannt das Verhältnis derzeit ist, zeigte allein der mehrfach vorgebrachte Hinweis auf die sogenannte Chatham-House-Regel, wonach über auf einer Konferenz getroffene Aussagen nur in allgemeiner Form berichtet, der Urheber aber nicht kenntlich gemacht werden darf.

Anlass zur Kritik an der Berichterstattung gibt es reichlich. Ein gleichsam druckfrisches Beispiel ist die am vergangenen Dienstag von vielen deutschen Medien übernommene Reuters-Meldung aus Berlin, in der behauptet wurde, „der deutsche Troika-Chef Horst Reichenbach“ habe den griechischen Staat aufgefordert, ausstehende Rechnungen in Milliardenhöhe zu zahlen. Dass die aus der EU, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds bestehende Troika nicht dasselbe ist wie die von der EU-Kommission eingesetzte und von Reichenbach geleitete „Task Force Griechenland“, gehört eigentlich zum kleinen Einmaleins der Griechenland-Berichterstattung. Troika und Task Force werden in Deutschland dennoch hartnäckig miteinander verwechselt, und aus diesem für sich genommen kleineren Fehler entstehen größere. Ein anderes Beispiel ist die deutsche Unkenntnis der jüngeren griechischen Geschichte. Wer als deutscher Journalist über Griechenland schreibt, sollte von „Distomo“, „Kalavryta“ oder vom Ende des Judentums in Thessaloniki eigentlich Kenntnis haben, aber das ist nicht immer der Fall.

Fest steht allerdings auch: Um das Niveau des griechischen Journalismus ist es weitaus schlechter bestellt, da hilft keine noch so politisch korrekte Relativierung. Der Athener Publizist Takis Michas, der kaum eine Konfrontation scheut und deshalb in seinem Fall auch nicht auf der Chatham-House-Regel bestand, hat im Jahr 2009, als die Krise in den Vordergrund trat, mit Kollegen gewettet: Es werde nicht lange dauern, bis in den griechischen Medien Verschwörungstheorien auftauchen, laut denen nicht die Griechen, sondern das Ausland, die Märkte, Angela Merkel, Deutschland (Zutreffendes bitte ankreuzen) für Griechenlands Krise verantwortlich seien. Michas gewann die Wette. „Früher waren die Amerikaner an allem schuld, jetzt sind es die Deutschen, morgen vielleicht die Eskimos. Das zentrale Geschäft des griechischen Journalismus ist es, Feindbilder zu schaffen“, spottete Michas. Zwar gibt es auch in Griechenland Qualitätszeitungen wie „Kathimerini“ oder seriöse Fernsehsender wie „Skai“, doch deren Nische ist noch kleiner als in Deutschland.

Es gibt viele seriöse Journalisten in Athen und Thessaloniki, aber erstaunlich wenig seriösen Journalismus. Auch deshalb, weil maßgebliche Publikationen einem anderen Daseinszweck folgen als der Informationsvermittlung. Die Tageszeitung „Ethnos“ zum Beispiel gehört einem Baukonzern, der sich Medien als Instrument zur Einflussnahme auf die Staatsausgaben hält, was allerdings kein rein griechisches Phänomen ist. Es kennzeichnet die Medienlandschaft in ganz Südosteuropa und der Türkei. Beim Fernsehen ist es nicht besser. Sachlicher Fernsehjournalismus findet kaum statt. Die Hauptnachrichtensendung des Marktführers „Mega“ beginnt um 20 Uhr und

dauert eine Stunde. Angeblich liegt die Einschaltquote (die Zahlen sind umstritten) bei sensationellen 30 Prozent. Die Fülle der zum Teil an Volksverhetzung grenzenden Verzerrungen, die sich in dieser einflussreichsten „Nachrichtensendung“ Griechenlands unterbringen lassen, erstaunt ausländische Zuschauer immer wieder. „Das ist ein allabendlicher Volksgerichtshof“, sagte ein Teilnehmer in München, der sich in beiden Kulturen bestens auskennt. Außerdem wurde vermutet, es sei wahrscheinlich gut, dass viele ausländische Korrespondenten griechisches Fernsehen und Radio nicht verstehen könnten, da das Bild Griechenlands im Ausland andernfalls noch schlechter wäre: „Kein Deutscher käme noch nach Griechenland, wenn er die griechischen Nachrichten verfolgen könnte.“ Die Nachrichtensendung bei „Mega“ wird von drei Themen dominiert: Griechenland, Griechenland und Griechenland. Für die Weltenwende des arabischen Frühlings gibt es eine Minute und dreißig Sekunden, aber erst kommt Griechisches. Die griechische Tagesschau müsste eigentlich Nabelschau heißen.

„Griechische Medien interessieren sich nur für Griechenland. Die wenigen Auslandskorrespondenten, die sie haben, berichten darüber, was in Berlin, London oder Paris gedacht wird – über Griechenland. Viele Griechen haben deshalb kein realistisches Bild von der politischen Bedeutung oder Nichtbedeutung ihres Landes“, sagte eine in Athen lebende Journalistin. Giorgos Tzogopoulos von der griechischen Stiftung für europäische und auswärtige Politik (Eliamep) hat seit 2009 gut 20 000 deutsche, britische, amerikanische, französische und italienische Artikel zur Krise gesammelt und 7000 davon näher analysiert. Eine Erkenntnis war, dass reißerische ausländische Berichte ins Griechische übersetzt wurden, sachliche Analysen aber nur selten.

So muss bei dem griechischen Medienkonsumenten der Eindruck entstehen, in Deutschland werde mit der gleichen Aggressivität über Griechenland berichtet wie in Griechenland über Deutschland. „Deutsche Journalisten schildern auch den Alltag in Griechenland. Umgekehrt ist das nicht der Fall. Das führt zu unrealistischen Vorstellungen über Deutschland“, so Tzogopoulos. „Das letzte internationale Thema, das wir als Aufmacher gebracht haben“, bestätigte ein griechischer Nachrichtenmann, „war das Referendum über die Wiedervereinigung Zyperns.“ Das war 2004. Ein Journalist brachte die Inlandsfixiertheit der griechischen Berichterstattung mit der Bemerkung auf den Punkt, es handele sich um einen „Journalismus der eigenen vier Wände“. Als auf einer Redaktionskonferenz einmal darüber gerätselt wurde, warum die deutsche Kanzlerin nicht auf die Athener Forderungen eingehe, rief die Deutschlandexpertin des Blattes den Kollegen eine einfache Wahrheit ins Gedächtnis: „Auch Frau Merkel möchte wiedergewählt werden.“ Das kann schon einmal vergessen, wer vor lauter Griechen die Welt nicht mehr sieht. Michael Martens